

Sonja Dudek

**Auskunfts- und Urkundenvorlageersuchen von  
Finanzbehörden an Kreditinstitute**



Herbert Utz Verlag · München

## Neue Juristische Beiträge

herausgegeben von

Prof. Dr. Klaus-Dieter Drüen (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf)

Prof. Dr. Thomas Küffner (Fachhochschule Landshut)

Prof. Dr. Georg Steinberg (EBS Universität für Wirtschaft und Recht Wiesbaden)

Prof. Dr. Fabian Wittreck (Westfälische Wilhelms-Universität Münster)

Band 112



Zugl.: Diss., Düsseldorf, Univ., 2015

D 61

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben – auch bei nur auszugsweiser Verwendung – vorbehalten.

Copyright © Herbert Utz Verlag GmbH · 2015

ISBN 978-3-8316-4527-5

Printed in EU

Herbert Utz Verlag GmbH, München

089-277791-00 · [www.utzverlag.de](http://www.utzverlag.de)

## Vorwort

Diese Arbeit wurde im Sommersemester 2015 von der Juristischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf als Dissertation angenommen. Sie entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Unternehmenssteuerrecht, Bilanzrecht und Öffentliches Recht bei Herrn Prof. Dr. Klaus-Dieter Drüen an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Die Disputation fand am 16. September 2015 statt.

Meinem akademischen Lehrer und Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Klaus-Dieter Drüen bin ich zu tiefstem Dank verpflichtet. Er hat meine Promotion engagiert begleitet, mich stets in vielfältiger Weise gefördert und unterstützt und mir damit ein perfektes Umfeld für die Dissertation zur Verfügung gestellt. Bei Herrn Prof. Dr. Christian Kersting, LL.M. (Yale) bedanke ich mich für die Erstellung des Zweitgutachtens. Herrn Prof. Dr. Ulrich Prinz danke ich für den Beisitz in der Prüfungskommission.

Darüber hinaus möchte ich mich bei all jenen bedanken, die mich bei meinem Promotionsvorhaben unterstützt haben, sei es durch Ratschläge und Kritik oder auch durch die manchmal notwendige Ablenkung. Bei meinen lieben Kollegen bedanke ich mich für die fachliche Unterstützung, die sehr gute Zusammenarbeit und die schönen Jahre am Lehrstuhl.

Mein ganz besonderer Dank gilt schließlich meinen Eltern Gisela und Günter Stolte, meinem Bruder Michael Stolte und meinem Ehemann Dr. Volker Dudek für ihre unendliche Geduld während der Anfertigung der Arbeit, die große Unterstützung und dafür, dass sie immer für mich da sind. Ihnen sei dieses Buch in größter Dankbarkeit gewidmet.

Düsseldorf, im November 2015

Sonja Dudek, geb. Stolte

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	III
Inhaltsverzeichnis .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XI
Erster Teil – Einleitung.....	1
§ 1 Anlass und Gang der Untersuchung .....	1
Zweiter Teil – Die Bank als Informationsquelle der Finanzbehörden .....	5
§ 2 Die zentrale Rolle der Banken – eine Bestandsaufnahme .....	5
I. Geschäftsbeziehung als Ziel des besonderen finanzbehördlichen Interesses .....	5
II. Das Bankgeheimnis .....	6
1. Das zivilrechtliche Bankgeheimnis.....	7
2. Das steuerrechtliche Bankgeheimnis .....	8
3. Bedeutungsverlust des steuerrechtlichen Bankgeheimnisses .....	9
a) Reichweite des Schutzes .....	9
b) Inhalt des steuerrechtlichen Bankgeheimnisses .....	11
aa) Verbot allgemeiner Überwachung von Kreditinstituten .....	11
bb) Verbot der Feststellung und des Abschreibens legitimationsgeprüfter Konten und Depots .....	12
cc) Ausschluss von Mitwirkungsverweigerungsrechten seitens der Banken.....	15
c) Fazit.....	16
§ 3 Allgemeine Mitwirkungspflichten bei der Sachverhaltsaufklärung – eine Bestandsaufnahme .....	16
I. Zweck der Mitwirkung und Kooperationsmaxime.....	17
II. Struktur und Funktion einzelner Mitwirkungspflichten im Regelungsbereich der Abgabenordnung .....	19

---

1. Unterteilung in unmittelbare und mittelbare Mitwirkungspflichten.....	20
2. § 90 AO als Grundpflicht.....	20
III. Zulässigkeit eigen- und fremdnütziger Mitwirkungspflichten beim Steuervollzug .....	22
IV. Die Person des Mitwirkungspflichtigen .....	27
1. Die Begriffe des Beteiligten und der anderen Person.....	27
2. Abgrenzungsprobleme .....	28
§ 4 Besondere Mitwirkungspflichten der Banken .....	30
I. Das Bündel der Mitwirkungspflichten der Banken .....	30
II. Auswirkungen der Inanspruchnahme der Banken .....	32
Dritter Teil – Einzelauskunfts- und Vorlagepflichten als zentrale Mitwirkungspflichten .....	35
§ 5 Die herkömmlichen gesetzlichen Grundlagen.....	35
I. Auskunftspflicht der Beteiligten und anderer Personen nach § 93 AO.....	35
1. Historie.....	35
2. Arten von Auskunftersuchen.....	36
a) Einzelauskunft.....	36
b) Kontenabruf.....	38
c) Sammelauskunftersuchen .....	40
3. Auskunftsverpflichtete .....	40
4. Subsidiaritätsprinzip .....	41
II. Vorlage von Urkunden nach § 97 AO a.F. ....	42
1. Historie.....	42
2. Inhalt .....	42
3. Vorlageverpflichtete.....	45
4. Subsidiarität des § 97 Abs. 2 AO a.F.....	45

5. Vorlagepflicht trotz fehlender Aufbewahrungspflicht.....	47
§ 6 Rechtsfragen zur Urkundenvorlage nach § 97 AO a.F. und zur Einzelauskunft nach § 93 AO .....	48
I. Fehlende Entschädigungsregelung als ständiger Streitpunkt – Gesetzliche Ungleichbehandlung von Einzelauskunft und Urkundenvorlage als Grundproblem.....	48
1. Qualifizierung des Ersuchens als Auskunft oder Urkundenvorlage.....	50
2. Analoge Anwendung des § 107 AO a.F. auf das Beweismittel der Urkundenvorlage.....	53
a) Meinungsspektrum .....	54
b) Würdigung.....	57
3. Weitere Ansätze zur Herleitung einer Entschädigungspflicht .....	59
a) Entschädigung aus § 82 FGO i.V.m. § 401 ZPO .....	61
b) Folgenbeseitigungsanspruch .....	62
c) Entschädigungsanspruch aus den Grundsätzen der Geschäftsführung ohne Auftrag.....	64
d) Entschädigung aus dem Aufopferungsgedanken .....	65
e) Entschädigung aus umfassender unmittelbarer Grundrechtshaftung .....	67
aa) Freiheitsgrundrechte als Anspruchsgrundlage .....	67
bb) Art. 14 Abs. 1 Satz 1 und Art. 12 Abs. 1 GG im Speziellen als Anspruchsgrundlage.....	68
cc) Art. 3 Abs. 1 GG als Anspruchsgrundlage.....	69
dd) Würdigung der unterschiedlichen Ansätze .....	69
f) Fazit.....	73
4. Die entschädigungslose Urkundenvorlagepflicht auf dem verfassungsrechtlichen Prüfstand – eine Kurzdarstellung .....	74
II. Die Reihenfolge der Beweismittel als Ausgangspunkt .....	79

1. Eindeutiger Wortlaut des Gesetzes? .....	80
a) Interpretationsmöglichkeiten der § 93 Abs. 1 Satz 3 AO und § 97 Abs. 2 AO a.F. ....	81
b) Auslegung nach Teleologie und Historie .....	83
c) Ergebnis der Auslegung .....	90
2. Wahrung der Verhältnismäßigkeit bei der Auswahl des Beweismittels.....	90
3. Bekräftigung durch den Bundesfinanzhof .....	92
a) Das richtungweisende Urteil des Bundesfinanzhofs vom 24.2.2010.....	92
b) Das bestätigende Urteil des Bundesfinanzhofs vom 30.3.2011 .....	95
4. Auswirkungen der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs auf die Praxis ....	97
Vierter Teil – Neuregelung der Vorlagepflichten und der Entschädigung durch das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz im Jahre 2013 .....	99
§ 7 Die Neuregelung im Überblick.....	99
I. Der Weg zur Neuregelung .....	99
1. Inhalt und Zielsetzung der Neuregelung der §§ 97 und 107 AO .....	100
2. Hintergründe der Neuregelung.....	102
3. Entschädigung bei Urkundenvorlage .....	103
4. Auswirkungen der Inanspruchnahme der Banken .....	104
II. Bewertung der Neuregelung .....	104
1. Erfüllung der Zielsetzung des Gesetzgebers .....	105
a) Die Neuregelung auf dem Prüfstand – Verprobung am richtungswisenden Urteil des Bundesfinanzhofs aus dem Jahre 2010..	106
b) Allgemeine Schlussfolgerungen.....	110
aa) Fallgruppe 1: Urkundenvorlage und Auskunft als gleich geeignete Beweismittel .....	111
bb) Fallgruppe 2: Urkundenvorlage als besser geeignetes Beweismittel.....	111

c) Zwischenfazit .....	113
2. Verfassungsrechtliche Bedenken .....	114
3. Die Neuregelung: Fluch oder Segen für das Verifikationsprinzip? .....	116
a) Finanzverwaltung als Verifikationsverwaltung .....	117
b) Wegfall der Subsidiarität als Sicherung der Verifikation? .....	118
c) Entschädigung als möglicher Auslöser einer Gefährdung des Verifikationsprinzips? .....	119
4. Fazit .....	119
Fünfter Teil – Die Sonderfälle: Automatisierter Kontenabruf und Sammelauskunftersuchen .....	
§ 8 Rechtsfragen .....	127
I. Einleitung .....	127
II. Automatisierter Kontenabruf .....	130
1. Gesetzliche Grundlagen .....	130
a) Verpflichtung zum Führen einer Kundendatei .....	130
b) Datenabruf durch das Bundeszentralamt für Steuern .....	131
2. Erforderlichkeit und Zumutbarkeit des automatisierten Kontenabrufs als Grundvoraussetzungen .....	133
3. Der automatisierte Kontenabruf auf dem verfassungsrechtlichen Prüfstand .....	136
a) Beurteilung durch das Bundesverfassungsgericht .....	136
b) Das Instrument des automatisierten Kontenabrufs im Spiegel der Literatur .....	139
aa) Verfassungswidrigkeit wegen fehlender Entschädigungsregelung für in Anspruch genommene Kreditinstitute? .....	140
(1) Verletzung des Grundrechts auf Berufsfreiheit .....	141
(2) Verletzung der Eigentumsfreiheit .....	142



---

bb) Verfassungswidrigkeit wegen Verstoßes gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung?.....	143
(1) Verletzung des Rechts der Kreditinstitute auf informationelle Selbstbestimmung? .....	144
(2) Verletzung des Rechts der Bankkunden auf informationelle Selbstbestimmung .....	144
c) Fazit.....	145
III. Sammelauskunftersuchen.....	147
1. Die Anforderungen an das Sammelauskunftersuchen.....	148
a) Vorliegen eines hinreichenden Anlasses .....	148
b) Zumutbarkeit und Erfüllbarkeit.....	150
c) Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zu Sammelauskunftersuchen im Jahre 2013 .....	151
aa) Erstinstanzliches Urteil des Niedersächsischen Finanzgerichts.....	151
bb) Revision durch den Bundesfinanzhof .....	152
d) Echo der Literatur.....	154
2. Fazit.....	155
Sechster Teil – Schluss .....	157
§ 9 Zusammenfassung der Ergebnisse .....	157
§ 10 Ausblick .....	161
Literaturverzeichnis .....	165

## Erster Teil – Einleitung

### § 1 Anlass und Gang der Untersuchung

Mitwirkungspflichten sind für die Finanzbehörden im Massenfallrecht unerlässlich. Schließlich obliegt es ihnen, die Steuern stets nach Maßgabe der Gesetze gleichmäßig festzusetzen<sup>1</sup>. Die AO sieht aus diesem Grunde zahlreiche Möglichkeiten zur Inanspruchnahme Privater durch die Finanzbehörden vor, sei es in Form von Steuerentrichtungspflichten in fremder Angelegenheit oder aber in Form von Mitwirkungspflichten bei der Sachverhaltsaufklärung. Letztere sollen im Vordergrund der Arbeit stehen. Die praktische Anwendung dieser finanzbehördlichen Befugnisse verursacht verschiedene Probleme.

Die Arbeit greift als Hauptuntersuchungsgegenstand die speziellen Mitwirkungspflichten auf Auskunft- und Urkundenvorlage nach Maßgabe der §§ 93 und 97 AO aufgrund ihrer erheblichen praktischen Bedeutung und ihrer Auswirkungen ausschnittartig heraus und untersucht in diesem Zusammenhang auch etwaige Entschädigungspflichten der Finanzbehörden nach § 107 AO. Zudem wird auf die „Sonderfälle“ des automatisierten Kontenabrufverfahrens und der Sammelauskunft eingegangen. Die Analyse der Vorschriften und ihrer praktischen Auswirkungen erfolgt dabei am Beispiel der Banken als besonders häufig von Mitwirkungspflichten betroffene Unternehmen. Banken haben aufgrund ihres Wissens um die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse ihrer Kunden eine besondere Bedeutung für die Finanzbehörden und damit eine Sonderstellung. Der im Steuerrecht durch die Regelung des § 30a AO zum Ausdruck gebrachte Schutz des Vertrauensverhältnisses zwischen den Banken und ihren Kunden hat in der Vergangenheit zunehmend an Bedeutung verloren. Ein umfassendes Bankgeheimnis, das den Banken das Recht einräumt, die Preisgabe von Informationen über ihre Bankkunden zu verweigern, existiert nicht. Die Ermittlungsbefugnisse der Steuerbehörden reichen sowohl in nationaler als auch in internationaler Hinsicht immer weiter, wie auch die jüngsten Entwicklungen zum Informationsaustausch zeigen. Erst am 29.10.2014 haben rund 50 Länder ein Abkommen über einen automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen unterzeichnet<sup>2</sup>. Diese Situation führt zu einer überproporti-

---

<sup>1</sup> Dies ergibt sich aus § 85 AO.

<sup>2</sup> Vgl. nur die Informationen des BMF, Monatsbericht v. 22.8.2014, Internationale Standards beim steuerlichen Informationsaustausch, abrufbar unter: <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2014/08/>

onalen Inanspruchnahme der Banken<sup>3</sup> und damit zu erheblichen Problemen, sowohl im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit der Inanspruchnahme für fremde Angelegenheiten als auch unter Gesichtspunkten der Kostenlast. Schließlich verursacht jedes Zusammenstellen von Informationen und Unterlagen Kosten, die zunächst auf die in Anspruch genommenen Banken als „unbeteiligte Dritte“ zurückfallen. Teilweise hat der Steuergesetzgeber bereits an diesen Problempunkten angesetzt. Mit Hilfe der durch das im Juli 2013 beschlossene Gesetz zur Umsetzung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz-AmtshilfeRLUMsG)<sup>4</sup> eingeführten Neufassungen der §§ 97 und 107 AO hat er Missstände im Bereich der Inanspruchnahme privater Dritter für Besteuerungszwecke abzumildern, aber auch gleichzeitig die Position der Finanzbehörden bei der Sachverhaltsermittlung durch die Gleichstellung der Beweismittel zu stärken versucht.

Die Probleme sind durch die Gesetzesänderung nicht vollständig beseitigt worden. Denn eine Anwendung der Neuregelung der §§ 97 und 107 AO durch das AmtshilfeRLUMsG<sup>5</sup> erfolgt erst für Vorlageersuchen ab dem 30.6.2013<sup>6</sup>. Überdies ist auch die Neuregelung nicht kritiklos geblieben. Die Bedenken reichen von einer Ausuferung der Vorlageersuchen über eine Gefährdung der Verifikationsverwaltung bis hin zur Gefährdung verfassungsrechtlicher Grundsätze. Es lohnt sich daher ein vergleichender Blick auf die §§ 97, 107 AO in ihren jeweiligen alten und aktuell geltenden Fassungen und auf die Frage, ob die Gesetzesänderung die versprochene Verbesserung der Rechtslage herbeizuführen im Stande ist.

Nach einer kurzen Einführung in die Thematik im ersten Teil widmet sich die Arbeit in ihrem zweiten Teil zunächst der zentralen Rolle der Banken in finanzbehördlichen Ermittlungsverfahren. Daran schließt eine Bestandsaufnahme über den Zweck und die Funktion der Mitwirkung im Besteuerungsverfahren im Allgemeinen an. Es folgt eine beispielhafte Darstellung von Mitwirkungspflichten der Banken im Besteuerungsverfahren. Da Mitwirkungspflichten regelmäßig in Rechtspositionen Privater eingreifen und staatliche Eingriffe stets verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein müssen,

---

Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-6-internationale-standards-beim-steuerlichen-informationsaustausch.html (zuletzt abgerufen am 4.11.2015).

<sup>3</sup> Siehe nur *Breithecker/Garden/Thönnies*, DStR 2007, 361 (362). Ausführliche Darstellung erfolgt sub § 2 I. der Arbeit, Fn 10.

<sup>4</sup> Gesetz v. 26.6.2013, verkündet am 29.6.2013 in BGBl. I 2013, 1809 (1834).

<sup>5</sup> Gesetz v. 26.6.2013, verkündet am 29.6.2013 in BGBl. I 2013, 1809 (1834).

<sup>6</sup> Dies lässt sich aus der AEAO zu § 107 v. 31.1.2014, BSStBl. I 2014, 290 (369) schließen.

sind die Mitwirkungspflichten im Allgemeinen einer verfassungsrechtlichen Analyse zu unterziehen. Hierbei soll auch die besondere Geschäftsbeziehung zwischen der Bank und ihren Kunden Beachtung finden. Der zweite Teil der Arbeit schließt mit einer kurzen Darstellung der Folgen, die sich aus den Mitwirkungspflichten für Banken ergeben, wobei die Auskunftspflicht und Vorlagepflichten als Hauptuntersuchungsgegenstand im Zentrum der Arbeit stehen.

Im Anschluss an die Grundlagen zu Mitwirkungspflichten der Banken im Besteuerungsverfahren folgt im dritten und im vierten Teil der Arbeit eine vertiefte Betrachtung der Einzelauskunfts- und Vorlagepflichten nach §§ 93 und 97 AO. Da die Finanzbehörden häufig davon Gebrauch machen und die Auswirkungen für die in Anspruch genommenen Banken aufgrund der Arbeitsintensität und Kostenträchtigkeit erheblich sind, zählen diese zu den bedeutendsten Mitwirkungspflichten im Besteuerungsverfahren<sup>7</sup>. Um die Mitwirkungspflichten der Einzelauskunft und der Urkundenvorlage sowie ihre jeweiligen Folgen für die Praxis vor und nach der Gesetzesänderung durch das AmtshilfeRLUmG<sup>8</sup> vergleichen zu können, werden zunächst die gesetzlichen Grundlagen in ihrer alten Fassung und die sich daraus ergebenden Probleme beschrieben. Im Zentrum der Untersuchung steht dabei zum einen das Institut der Subsidiarität der Inanspruchnahme privater Dritter in fremden Angelegenheiten. Zum anderen wird auf die Differenzierung der Beweismittel der §§ 93 und 97 AO im Hinblick auf die Entschädigung nach § 107 AO a.F. einzugehen sein. Die Subsidiarität und die Differenzierung im Hinblick auf die Entschädigungsfrage vor der Neuregelung der §§ 97 und 107 AO gab immer wieder Anlass zu Rechtsstreitigkeiten, die bis vor den Bundesfinanzhof führten. In diesem Zusammenhang wird auf eine grundlegende Entscheidung des Bundesfinanzhofes einzugehen sein, die letztendlich den Steuergesetzgeber Mitte des Jahres 2013 zum Handeln veranlasst hat.

---

<sup>7</sup> *Dahm/Hamacher*, Auskunftsbegehren der Finanzbehörden, 2006, S. 9; *Herrler*, Mitwirkung der Banken bei der Besteuerung von Bankkunden, 1984, S. 11 f.; *Reiß*, Besteuerungsverfahren und Strafverfahren, 1987, S. 24, 34 und 39; *Selmer*, Steuerrecht und Bankgeheimnis, 1981, S. 20 f.; *Sichtermann*, Bankgeheimnis und Bankauskunft<sup>3</sup>, 1984, S. 281 ff.; *Wagner*, in *Kühn/von Wedelstädt*, AO/FGO<sup>21</sup>, 2015, § 93 Rn. 1 und § 97 Rn. 2; vgl. auch Auflistung bei *Spitzenverbände des Kreditwesens*, Bankgeheimnis und Bankauskunft in der Praxis<sup>7</sup>, 2012, S. 59 ff.; für die Auskunftspflicht nach § 93 AO *Roser*, in *Beer-mann/Gosch*, AO/FGO, § 93 AO Rn. 2 (Dezember 2011).

<sup>8</sup> Gesetz v. 26.6.2013, verkündet am 29.6.2013 in BGBl. I 2013, 1809 (1834).

An die Ausführungen zur alten Rechtslage anschließend folgen eine Darstellung der neuen Rechtslage und Überlegungen zu möglichen Folgen. Es wird untersucht, ob die Neuregelung die gesetzgeberischen Ziele zu verwirklichen im Stande ist.

Der fünfte Teil der Arbeit wendet sich in einem Überblick den speziellen Fällen des automatisierten Kontenabrufs und der Sammelauskunft zu, welche wiederum sowohl Belastungen für Kreditinstitute als auch für die Steuerpflichtigen mit sich bringen und daher in Literatur und Praxis nicht unumstritten sind. Das Kontenabrufverfahren stand bereits auf dem verfassungsrechtlichen Prüfstand. Die bestehenden Bedenken sollen anhand von bereits ergangenen Urteilen des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesfinanzhofs zusammenfassend dargestellt werden.

Mit einer Zusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse und einem kurzen Ausblick auf aktuelle Entwicklungen im sechsten Teil findet die Arbeit ihren Abschluss.

## Neue Juristische Beiträge

herausgegeben von

Prof. Dr. Klaus-Dieter Drüen (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf)

Prof. Dr. Thomas Küffner (Fachhochschule Landshut)

Prof. Dr. Georg Steinberg (EBS Universität für Wirtschaft und Recht Wiesbaden)

Prof. Dr. Fabian Wittreck (Westfälische Wilhelms-Universität Münster)

- Band 112: Sonja Dudek: **Auskunfts- und Urkundenvorlageersuchen von Finanzbehörden an Kreditinstitute**  
2015 · 214 Seiten · ISBN 978-3-8316-4527-5
- Band 111: Janina Fellmeth: **Das lohnsteuerrechtliche Abgrenzungsmerkmal des ganz überwiegend eigenbetrieblichen Arbeitgeberinteresses** · Bestandsaufnahme und Neuorientierung  
2015 · 320 Seiten · ISBN 978-3-8316-4526-8
- Band 110: Giannina Kreuzt: **Hypothetische Verträge im Rahmen des Schadensausgleichs**  
2015 · 300 Seiten · ISBN 978-3-8316-4514-5
- Band 109: Franziska Dautert: **Beweisverwertungsverbote und ihre Drittwirkung**  
2015 · 302 Seiten · ISBN 978-3-8316-4479-7
- Band 108: Florian Eder: **Beweisverbote und Beweislast im Strafprozess**  
2015 · 396 Seiten · ISBN 978-3-8316-4469-8
- Band 107: Martina Achzet: **Sanierung von Krisenunternehmen** · Ablauf und Personalentwicklung in Unternehmenssanierungen unter Konkursordnung, Vergleichsordnung und Insolvenzordnung  
2015 · 304 Seiten · ISBN 978-3-8316-4467-4
- Band 106: Anna Hafßfurter: **Form und Treue** · Die Verhältnismäßigkeit von Formnichtigkeit und Formzweck  
2015 · 420 Seiten · ISBN 978-3-8316-4459-9
- Band 105: Johannes Leutloff: **Public Viewing im Urheber- und Lauterkeitsrecht** · Eine Untersuchung anhand der Public-Viewing-Reglements der Fußballverbände FIFA und UEFA  
2015 · 274 Seiten · ISBN 978-3-8316-4429-2
- Band 104: Simone Goltz: **Weltanschauungsgemeinschaften** · Begriff und verfassungsrechtliche Stellung  
2015 · 336 Seiten · ISBN 978-3-8316-4427-8
- Band 103: Verena Guttenberg: **Schutz vor Diskriminierung im Beschäftigungsverhältnis in Großbritannien – Equality Act 2010**  
2015 · 680 Seiten · ISBN 978-3-8316-4414-8
- Band 102: Johannes Peters: **Kindheit im Strafrecht** · Eine Untersuchung des materiellen Strafrechts mit besonderem Schwerpunkt auf dem Kind als Opfer und Täter  
2014 · 294 Seiten · ISBN 978-3-8316-4391-2
- Band 101: Oliver Suchy: **Der Verfall im Ordnungswidrigkeitenrecht** · Eine Untersuchung ausgewählter Gesichtspunkte im wirtschaftsstrafrechtlichen Kontext  
2014 · 222 Seiten · ISBN 978-3-8316-4339-4
- Band 100: Konrad Gieseler: **Die kartellrechtliche Fortsetzungsfeststellungsbeschwerde** · Zu den Zulässigkeitsvoraussetzungen des § 71 Absatz 2 Satz 2 GWB  
2014 · 248 Seiten · ISBN 978-3-8316-4388-2

- Band 99: Astrid Eiling: **Verfassungs- und europarechtliche Vorgaben an die Einführung neuer Verbrauchsteuern** · Verprobt am Beispiel der Kernbrennstoffsteuer  
2014 · 268 Seiten · ISBN 978-3-8316-4366-0
- Band 98: Matthias Wieser: **Intelligente Elektrizitätsversorgungsnetze – Ausgewählte Rechtsfragen unter besonderer Berücksichtigung des EnWG 2011 und des EEG 2012**  
2014 · 324 Seiten · ISBN 978-3-8316-4349-3
- Band 97: Sarah Regina Helml: **Die Reform der Selbstanzeige im Steuerstrafrecht**  
2014 · 246 Seiten · ISBN 978-3-8316-4340-0
- Band 96: Jan Peter Müller: **Rezeption privater Rechnungslegungsstandards durch den Staat**  
2014 · 416 Seiten · ISBN 978-3-8316-4327-1
- Band 95: Thomas Barth: **Tarifverträge in der Zeitarbeit** · Das Spannungsverhältnis zwischen gesetzlicher Gleichstellung und Tarifautonomie  
2013 · 234 Seiten · ISBN 978-3-8316-4259-5
- Band 94: Carla Wiedeck: **Priorisierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung**  
2015 · 254 Seiten · ISBN 978-3-8316-4307-3
- Band 93: Robert Ulrich Fischer: **Die Anrechnungslösung des § 19 Abs. 4 GmbHG**  
2013 · 174 Seiten · ISBN 978-3-8316-4301-1
- Band 92: Stephanie Greil-Lidl: **Die Verfügungsverwaltung in der Erbengemeinschaft** · Ein Interessenkonflikt zwischen Gläubigerschutz und Privatautonomie unter dem Deckmantel des Gesamthandsprinzips  
2014 · 158 Seiten · ISBN 978-3-8316-4260-1
- Band 91: Felix Kampmann: **Gehaltsstrukturuntersuchungen im Steuerrecht** · Praxis und weitere Beurteilungsansätze zur Bestimmung der Angemessenheit von Gesellschafter-Geschäftsführervergütungen  
2013 · 250 Seiten · ISBN 978-3-8316-4257-1
- Band 90: Christoph Dachner: **Der Abwendungsvergleich in § 302 Abs. 3 S. 2 AktG an der Schnittstelle von Gesellschafts-, Steuer- und Insolvenzrecht**  
2013 · 326 Seiten · ISBN 978-3-8316-4218-2
- Band 89: Florian Muß: **Präsident und Ersatzmonarch** · Die Erfindung des Präsidenten als Ersatzmonarch in der amerikanischen Verfassungsdebatte und Verfassungspraxis  
2013 · 258 Seiten · ISBN 978-3-8316-4251-9
- Band 88: Joseph Schwartz: **Die Zulässigkeit der Erhebung von Baukostenzuschüssen nach nationalem und europäischem Energierecht**  
2013 · 262 Seiten · ISBN 978-3-8316-4211-3

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag:

Herbert Utz Verlag GmbH, München

089-277791-00 · info@utzverlag.de

Gesamtverzeichnis mit mehr als 3000 lieferbaren Titeln: [www.utzverlag.de](http://www.utzverlag.de)